Müllgebühren und Gymnasium Kronshagen:

Das betrifft uns alle! Aber hier entscheidet der Kreistag!

Deshalb braucht Kronshagen starke Vertreter im Kreistag, die sich entschieden für unsere Belange einsetzen.

Das Kronshagener SPD-Tandem für die Kreiswahl:



Dirk Albat Kreiswahlbezirk 10



Dr. Detlef UfertKreiswahlbezirk 9



Spaß und Politik

- Talk mit Heide Simonis u.a.
- Jazz (Storyville Jazzband)
- Kabarett (Bonner Einheizfront mit Ulrike Mehl und Eckart Kuhlwein)
- weitere Überraschungsgäste

Mittwoch, 11. März,
19.00 Uhr, Büdelsdorf,
ACO Severin Ahlmann
(Wagenremise,
Vorwerk)

kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung für Kronshagen

25. Jahrgang März 1998

Wählen mit 16? Aber klar doch!

Bei der Kommunalwahl 1998 werden in Schleswig-Holstein erstmals die Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren wählen können. Über diese Neuerung hat es im letzten Jahr viele Diskussionen gegeben.

Die Befürworter sehen die gesetzliche Neuregelung als einen Baustein für mehr Jugendbeteiligung an Politik und Demokratie. Skeptiker hingegen sprechen den Jugendlichen in diesem Alter die Fähigkeit ab, eine fundierte Wahlentscheidung treffen zu können.

Wenn man jedoch bedenkt, daß im Alter von 15 bzw. 16 Jahren teilweise weitreichende Entscheidungen z.B. bezüglich der Berufswahl von den Jugendlichen getroffen werden müssen, kann man ihnen eine Entscheidungsfähigkeit eigentlich nicht mehr so ohne weiteres absprechen.



Auch die Behauptung, daß die meisten jungen Leute unter 18 zu wenig von politischen Dingen wissen, trifft nicht den Kern der Sache. Sind denn die meisten Wähler über 18 besser über politische Vorgänge informiert?

Politische Urteilsfähigkeit beginnt mit Sicherheit nicht erst mit 18 und der Gefahr, extremen politischen Richtungen auf den Leim zu gehen, ist man nicht ausschließlich unter dieser Altersgrenze ausgesetzt.

Das Alter als Kriterium zur Wahlberechtigung ist gegenwärtig das objektivste Mittel der Entscheidung. es hat allerdings den Nachteil, die individuelle Entwicklung eines Menschen nur sehr bedingt zu berücksichtigen. Das gilt jedoch für junge und alte Menschen gleichermaßen.

Überall im Lande wird über die zunehmende Politikverdrossenheit und mangelndes Interesse an politischen Veranstaltungen geklagt. Das mag bei Jugendlichen auch daran liegen, daß sie Politik nicht einfach nachvollziehen, sondern auch selbst beeinflussen wollen. Vielleicht liegt es auch daran, daß es allgemein nicht genug bekannt ist, welche Einflußmöglichkeiten Minderjährige bisher schon haben.

- Sie haben ohne Altersbegrenzung ein Vorschlagsrecht in den jährlichen Einwohnerversammlungen.
- Sie haben ab 14 Jahre ein Frageund Vorschlagsrecht in der Einwohnerfragestunde
- Sie können ohne Altersbegrenzung schriftliche Anregungen und beschwerden an die Gemeindevertretung herantragen.
- Ab 14 Jahre können sie ein Einwohnerbegehren unterstützen.
- Die Gemeindevertretungen können Jugendbeiräte einrichten und diesen ein antragsrecht für die Gemeindevertretung und deren Ausschüsse einräumen.

 Die Gemeinde ist verpflichtet, Kinder und Jugendliche an Planungen, die sie betreffen, zu beteiligen.

Die Herabsetzung des Wahlalters für Kommunalwahlen ist also noch eine zusätzliche Möglichkeit, Politikbewußtsein bei Jugendlichen zu fördern.

Nicht unterschätzen sollte man die Wirkung dieser Neuregelung auf die Politiker selbst. Wenn Jugendliche wählen dürfen, sind die Politiker gezwungen, stärker auf deren Bedürfnis einzugehen. Es sollten daher möglichst viele NeuwählerInnen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, um ihren Wünschen den nötigen Nachdruck zu verleihen.



Wilhelms - Bürgermeister ohne Fortüne

Nach Ablauf einer Amtsperiode liegt es nahe, sich einmal zu fragen, wie sich der Amtsinhaber denn so gemacht hat. Wenn wir die letzten sechs Jahre Revue passieren lassen, kann man kaum behaupten, daß Bürgermeister Wilhelms das Glück des Tüchtigen zur Seite gestanden hat.

Die wohl heftigsten Kontroversen, die Kronshagen je erlebt hat sind fest mit dem Namen Wilhelms verbunden. Wenige Wochen nach Amtsantritt legte der neue Verwaltungschef der Gemeindevertretung im Dezember 1991 den Rahmenplan zur Ortskerngestaltung zur Beschlußfassung vor. Fast genau drei Jahre später wurde dieser Rahmenplan durch einen überwältigen Bürgerentscheid gekippt. Der Bürgermeister hat es nicht verstanden, für diesen von der gesamten Gemeindevertretung getragenen Rahmenplan mit dem geplanten Rathausneubau in der Kronshagener Öffentlichkeit zu werben. Statt zu einer sachlichen und ergebnisoffenen Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern kam es zu einer bisher nie gekannten Polarisierung in Kronshagen. Selbst in der CDU kam es zu spektakulären Parteiaustritten.

Obwohl der Rahmenplan so deutlich abgelehnt wurde, legte Wilhelms einen fast identischen Bebauungsplan (Bebauungsplan 17) zur Beratung und Abstimmung vor. Das war eine glatte Provokation und führte zu so massiven Protesten auf den Einwohnerversammlung am 15. März 1995, daß daraufhin von der Gemeindevertretung ein Sonderausschuß Rathausbau gebildet wurde. Die Bürger haben dem Bürgermeister und der Gemeindevertretung die Standortentscheidung für das Rathaus dann endgültig aus den Händen genommen und in einem Bürgerentscheid für den Standort alte Feuerwache votiert. Erst vor wenigen Tagen hat Wilhelms dann noch einen weiteren Versuch unternommen, die abgelehnte Ortskerngestaltung über die Hintertür des B-Plans für das Rathaus noch zu verwirklichen. Heftige Proteste in der Ausschußsitzung führten vorerst zum erneuten Rückzug und zum Verzicht auf einen B-Plan 34b.

Verglichen mit diesem Vorgehen, mögen andere Flops, die die Durchsicht alter KN-Artikel zutage fördert geringer zu bewerten sein, aber die Tendenz ist die gleiche.

Im Juni 1992 präsentierte Bürgermeister Wilhelms Pläne, Mietwohnungsbau im Hinterhof des Hasselkamps am Friedhof zu ermöglichen. KN vom 4. Juni

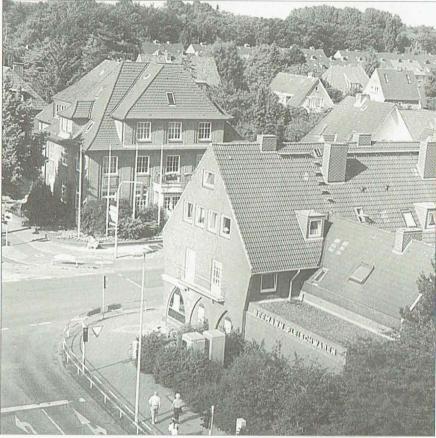


Foto: Hauke Hansen

1992: "Anwohner protestieren gegen geplanten Neubau im Hasselkamp: Sie pferchen uns wie Vieh zusammen". Trotz dieser deutlichen Proteste der Anwohner wurde der Bereich Hasselkamp trotzig in einer zwar abgespeckten Version im Januar 1993 in einer nichtöffentlichen Sitzung erneut zur Beschlußfassung vorgelegt. KN vom 26. Januar 1993: "Nun doch ein Neubau am Hasselkamp? Anwohner fühlen sich verschaukelt". Dieser Vorstoß konnte von der SPD-Fraktion vereitelt werden.

Ein ganz anderes Verhalten legt der Bürgermeister bei der Überplanung für das letzte große geschlossene Bauvorhaben in Kronshagen, das sogenannte "Hühnerland" am Suchsdorfer Weg, an den Tag. Dieses Vorhaben wird seit dem Antrag der SPD-Fraktion 1990 verschleppt. Offenbar paßt dem Bürgermeister das SPD-Konzept für eine ökologische Erschließung nicht. Nun hofft er, daß im wahrsten Sinne des Wortes Gras über die SPD-Initiative wächst, damit seine Fraktion diesen Antrag dann in bewährter Manier als eigene Idee präsentieren kann. Im Programm der CDU klang so etwas ja schon an.

Aber auch auf ganz anderen Gebieten steht der Verwaltungschef mit Planungen auf dem Kriegsfuß. Der offensichtliche Mangel an Kindergartenplätzen

wurde erst durch lauten Bürgerprotest zur Kenntnis genommen und führte dann immerhin 1993 zur kurzfristigen Entscheidung in der Gemeindevertretung, einen neuen Kindergarten für ca. 100 Kinder am Heischberg zu bauen. Es entsteht schon der Eindruck, daß eine vorausschauende Planung anhand der vorhandenen Zahlen von der Verwaltung nicht geleistet wird. Lösungen werden meist erst nach Protesten der Elternschaft angedacht. So auch 1996. als die Eltern dagegen protestiert haben, daß zu wenig Klassenzimmer für das Schuljahr 95/96 zur Verfügung stehen. Die KN titelt diesmal: "Eltern sauer: Verwaltung hat geschlampt. Abc-Schützen in Kronshagen müssen Schichtdienst schieben".

Aber die Durchsicht der alten Zeitungen fördert auch positive Meldungen in die Erinnerung zurück. In der Asyl- und Aussiedlerpolitik hat Bürgermeister Wilhelms eine deutliche Kehrtwendung gegenüber seinem Amtsvorgänger vorgenommen und mit der Gemeindevertretung zusammen ein Konzept der dezentralen Unterbringung in Kronshagen realisiert, das uns ein friedliches Miteinander beschert hat. Hierfür ist die Gemeinde Kronshagen sogar mit einem Preis in Köln geehrt worden.

Wolfgang Weskamp

In memoriam Ida Petersen

Am 7. Januar ist "uns Ida" gestorben. Am 11. November haben wir noch gemeinsam mit ihr gesungen und ihren 88. Geburtstag gefeiert. Und jetzt blikken wir traurig zurück auf ein erfülltes und bewegtes Leben, das auch einen Teil unserer jüngeren deutschen Geschichte widerspiegelt. Durch ihre lebhaften Erzählungen aus den 20er und 30er Jahren konnte Ida uns jüngeren Genossen einen realistischen Eindruck unserer Parteigeschichte in Kiel und Kronshagen vermitteln.



Ida Petersen hat immer die Musik und die Menschen geliebt. Dabei hat sie mit gleicher Freude Volkslieder gesungen wie die Lieder der deutschen Arbeiterbewegung. Und wenn Ida Petersen "Brüder zur Sonne zur Freiheit" gesungen hat, dann war ihr immer klar, daß auch die Schwestern gemeint waren. Sie war nie Feministin und hat doch für die Frauen und Familien hier in Kronshagen unendlich viel erreicht.

Obwohl – oder gerade weil – ihr Mann Rudi, den sie übrigens beim Mandolinen-Verein kennengelernt hat, noch in Kriegsgefangenschaft in Rußland war, hat Ida sich in der Arbeiterwohlfahrt und in der Gemeinde Kronshagen für die Menschen eingesetzt, denen es in den Nachkriegstagen noch schlechter ging als ihr und ihren beiden kleinen Kindern. Aus der konkreten Hilfe für ihre Nächsten hat sich dann das kommunalpolitische Engagement entwik-

kelt. Für eine Frau war das in den fünfziger und sechziger Jahren sicher nicht ganz einfach, selbst in der Partei, die das Frauenwahlrecht einst erstritten hat.

Die Schwerpunkte ihrer Arbeit in der Gemeindevertretung lagen ganz klar in der Sozialpolitik. Die schmerzlichen Erfahrungen, die Ida Petersen bei ihren vielen Besuchen von Kronshagener Bürgern in Alten- und Pflegeheimen im Kreis und Land gemacht hat, haben Ida zur Kämpferin für ein eigenes Alten- und Pflegeheim hier in Kronshagen gemacht. Mit dem Seniorenzentrum am Amalienweg hat sich Idas Traum erfüllt. Die Gemeinde Kronshagen hat Ida Petersen für ihren unermüdlichen und uneigennützigen Einsatz mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde gedankt.

Dieser Ehre ist Ida Petersen mit großer Würde und menschlicher Herzlichkeit immer gerecht geworden. Sie hat sich noch lange bei der Arbeiterwohlfahrt aktiv für ihre Mitmenschen eingesetzt. Sie hat den Feierabendkeis der Volkshochschule mit großer Zuneigung begleitet und bis in ihre letzten Tage, wann immer es ihr gesundheitlich möglich war, am öffentlichen Leben in Kronshagen teilgenommen.

Heute sind wir dankbar, daß wir viele Jahre mit Ida Petersen gemeinsam arbeiten konnten und wir werden ihr Andenken in unserem Herzen bewahren.

Wolfgang Weskamp SPD-Ortsverein Kronshagen

Endlich Direktwahl des Bürgermeisters

Am 22. März können wir in Kronshagen erstmals unseren Bürgermeister selbst wählen. Bisher konnte die CDU dieses Amt nach eigenem Gutdünken und parteipolitischen Interessen besetzen, was sie auch gründlich genutzt hat. Zum Teil wurden auf diese Weise CDU-Gemeindevertreter bedacht, wie das bei den Bürgermeistern Dr. Stoltenberg und Wilhelms der Fall war, oder es konnte ein verdienter Mitarbeiter der abgelösten Barschelregierung untergebracht werden. Wie die Amtsführung von Dr. Stoltenberg gezeigt hat, war auch bei diesem Verfahren nicht unbedingt ausgeschlossen, daß Kronshagen einen angesehenen und guten Bürgermeister bekommen

Doch dürfte die Wahrscheinlichkeit jetzt viel größer sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich selbst einen kompetenten und vor allem bürgernahen Verwaltungschef wählen können, der keiner Partei dankbar für sein Amt sein muß und entsprechend unabhängig für alle Bürgerinnen und Bürger handeln kann.

In allen Parteien gibt es fähige und kritisch denkende Köpfe, für die jetzt unter diesen neuen Wahlbedingungen der Direktwahl die Arbeit als Bürgermeister in Kronshagen eine lohnende Herausforderung darstellt. Kronshagen hat die Chance zum Wechsel, wir müssen sie nur nutzen.



Impressum:

Kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung für Kronshagen

V.i.S.d.P. Cord-Peter Lubinski

Elsa-Brandström-Str. 12

Auflage: 5.500

Druck: Joost Kronshagen

Das aktuelle Interview:

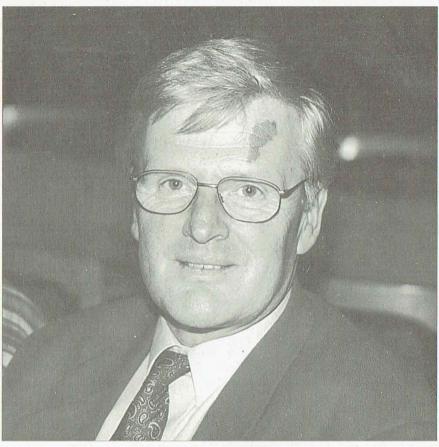
Kontakte befragt den SPD-Bürgermeisterkandidaten Malte Hübner-Berger

Kontakte: Warum kandidieren Sie als Bürgermeister in Kronshagen?

Malte Hübner-Berger: Ich lebe seit 1989 in Kronshagen und fühle mich in dieser Gemeinde ausgesprochen wohl. Meine in vielen Aufgabenbereichen der öffentlichen Verwaltung erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen können in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung der Gemeinde für diese von Nutzen sein. Neue Impulse können gegeben werden, um die Gemeinde zukunftsorientiert zu entwickeln. Das setzt voraus, daß der Kopf frei ist für neue Ideen, Ich arbeite ehrenamtlich im Rathaussonderausschuß und in der Arbeitsgruppe Verwaltungsmodernisierung in Kronshagen mit. Die hier gewonnenen Erfahrungen bestärken mich in meiner Auffassung, daß die Veränderung gewachsener Strukturen für alle dieienigen nicht ohne Probleme ist, die sich in ihnen auskennen, weil sie schon lange Zeit in ihnen leben. Das ist kein Vorwurf, sondern eine allgemein geltende Lebenserfahrung. Ich kann ohne diese enge Einbindung in vorhandene Strukturen neue Ideen entwickeln. Darüber hinaus bin ich ein kompromißfähiger Partner, der immer eine faire Auseinandersetzung in der Sache führt. Meine derzeitige ehrenamtliche Arbeit belegt dies.

Was halten Sie von dem Bau eines neuen Rathauses?

Kronshagen braucht ein neues Rathaus. Das Gemeindehaus aus dem Jahre 1911 erfüllt die Anforderungen an eine moderne und bürgerorientierte Verwaltung nicht mehr. Über das Für und Wider eines Rathausneubaus ist lange gestritten worden. Nun ist die Entscheidung für den Neubau gefallen. Ich begrüße dies, weil so eine moderne und den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger entsprechende Verwaltung mit einem Bürgerbüro entstehen kann. Im Bürgerbüro sollen möglichst viele Verwaltungsleistungen "aus einer Hand" zur Verfü-



gung gestellt werden. Mit diesem Bürgerbüro können darüber hinaus auch längere Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung organisiert werden. In der Arbeitsgruppe Verwaltungsmodernisierung wirke ich an der Entwicklung des Konzeptes für ein Bürgerbüro mit. Ich habe erlebt, wie schwierig es ist, einen solchen Prozeß in Gang zu bringen. Ich denke, daß auch die bevorstehende Kommunalwahl den Gang der Dinge ein wenig beschleunigt hat. Das ist gut so! Außerdem sollten wir eine regelmäßige Sprechstunde der Gemeindeverwaltung im DRK-Seniorenzentrum am Amalienweg und in der Seniorenwohnanlage an der Wendenstraße einrichten, damit diejenigen Personen, die nicht mehr gut zu Fuß sind, den Weg zur Gemeindeverwaltung nicht gehen müssen.

Sind Sie mit der Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an den kommunalen Entscheidungen zufrieden?

Einwohnerversammlungen, die regelmäßig oder zu bestimmten Themen durchgeführt werden, sind ein Mittel der Beteiligung. Allerdings sind diese nicht dafür geeignet, in ihnen komplexe Entscheidungsprozesse, bereits bestens geplant, zu diskutieren. Eine echte Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern setzt auch eine echte Einflußnahme auf den angestrebten Entwicklungsprozeß voraus. In Anhörungen zu fertigen Planungen ist dies häufig nicht mehr möglich. Deshalb sollten wir gemeinsam überlegen, wie Kronshagen sich weiterentwickeln kann. Aus meiner Sicht müssen komplexe Entscheidungen in einzelne Schritte zerlegt und in Foren oder Zukunftswerkstätten diskutiert werden.

Zu diesen Veranstaltungen müssen die Bürgerinnen und Bürger mit dem Ziel der Mitarbeit eingeladen werden. Durch diesen Meinungsbildungsprozeß werden Widersprüche konkret. Die Auseinandersetzung mit ihnen ist sachbezogen möglich. Ein besonderes Anliegen ist die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern an kommunalen Entscheidungen. Die von mir initierte jährliche Versammlung der jugendlichen Einwohnerinnen und Einwohner und die Kindersprechstunde ist ein erster Schritt. Es sollte uns gelingen, in Zusammenarbeit mit Kindergärten und Horten sowie den Schulen Projekte zu entwickeln, die in der Verantwortung der Projektbeteiligten verwirklicht werden.

Wie beurteilen Sie das Zusammenwirken von Gemeindevertretung und Verwaltung?

Nach der neuen Kommunalverfassung legt die Gemeindevertretung die Ziele und Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest. Sie trifft alle für die Gemeinde wichtigen Entscheidungen in Selbstverwaltungsangelegenheiten und überwacht ihre Durchführung. Der Bürgermeister leitet die Verwaltung der Gemeinde in eigener Zuständigkeit nach den Zielen und Grundsätzen der Gemeindevertretung. Diese Aufgabenabgrenzung kann eine unzulässige Vermischung von Haupt- und Ehrenamt verhindern. Ich trete für diese klare Abgrenzung der Aufgaben ein. Eine Partnerschaft von Gemeindevertretung und Bürgermeister ist zum Wohle der Gemeinde Kronshagen.

Sie sind Mitglied der SPD. Die Frage parteipolitischer Neutralität bei der Amtsausübung ist für die Wahlentscheidung der Kronshagenerinnen und Kronshagener wichtig. Wie wollen Sie diesem Anspruch genügen?

Parteipolitische Neutralität wird häufig damit verwechselt, daß Bewerberinnen und Bewerber um dieses Amt keiner politischen Partei angehören dürfen. Die politischen Parteien wirken nach Artikel 21 des Grundgesetzes an der Willensbildung des Volkes mit. Die Mitgliedschaft in Parteien ist eine wichtige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Die Frage nach der parteipolitischen Unabhängigkeit bei der Amtsausübung ist eine höchst persönliche Frage, die nur der Bewerber um das Amt beantworten kann.

Auch eine Person, die keiner politischen Partei angehört, kann im schlechten Fall Partei ergreifen und somit ihre Amtspflichten verletzen. Der Bürgermeister ist Beamter der Gemeinde Kronshagen. Unabhängig von der sich aus seiner Rechtsstellung ergebenden Pflicht zur parteipolitischen Neutralität muß er sich in seiner täglichen Pflicht parteipolitisch neutral verhalten. Ich werde als Bürgermeister mit allen Mitgliedern der Gemeindevertretung in gleicher Weise zusammenarbeiten und auch allen politischen Kräften in Kronshagen offen entgegentreten. Ich werde Bürgermeister für alle Kronshagenerinnen und Kronshagener sein. Aus diesem Grunde habe ich vor der Erklärung über meine Kandidatur ein bisher wahrgenommenes Vorstandsamt im SPD-Ortsverein niedergelegt.

Darüber hinaus werde ich in der SPD weder auf örtlicher Ebene noch auf überörtlicher Ebene eine Funktion ausüben.

Wie gestalten Sie Ihren Wahlkampf?

Den Bürgerinnen und Bürgern liegt zum großen Teil mein Wahlprogramm vor. Die Aussagen des Programms verdeutlichen sachliche Ziele, deren Verwirklichung ich als Bürgermeister anstreben werde. Veranstaltungen zu Sachthemen, wie die Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen, die Agenda 21, das Planen und Bauen aus der Sicht von Frauen sind behandelt worden. Außerdem gehe ich von Haustür zu Haustür, um mich den Kronshagenerinnen und Kronshagenern vorzustellen und mein Informationsmaterial selbst zu überreichen. Die Gespräche haben mir viele Informationen und Eindrücke gegeben, die mich persönlich bereichert haben. Es ist für mich selbstverständlich, daß ich den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern Kronshagens nach einer Wahl zum Bürgermeister durch Besuche in den Ortsteilen aufrecht erhalten werde.

Herr Hübner-Berger wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg für Ihre Bewerbung um das Bürgermeisteramt.

Was ist die Agenda 21?

Auf überraschend großes Interesse stießen die Erläuterungen von Ulrike Mehl, SPD-MdB für Kronshagen, zur Entstehungsgeschichte der Agenda 21 auf der jüngsten AsF Veranstaltung. Anhand von Schaubildern, die von der Gemeindevertreterin Bärbel Adler zusammengestellt waren, wurden die notwendigen Fachbegriffe definiert und Inhalte der Agenda anschaulich gemacht.

Die Agenda 21 ist ein in Rio von mehr als 170 Staaten verabschiedetes Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. Es zeigt auf, wie einer weiteren Verschlechterung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Lebensbedingungen entgegengewirkt, eine schrittweise Verbesserung erreicht und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen sichergestellt werden kann.

Die anschließende Diskussion stand ganz unter dem Motto: "Global denken – lokal handeln"!

Im Maßnahmenpaket der Agenda 21 wird die Bedeutung der Kommunen wegen der Nähe zu ihren Einwohnerinnen und Einwohnern herausgestellt. Die örtliche Ebene wird als besonders wichtig angesehen, da sie die Basis für eine nachhaltige Entwicklung zu den übergeordneten Ebenen ist. Verwaltungen und Gemeindegremien sollen gemeinsam mit allen Beteiligten, wie Einzelpersonen, Gruppen, Wirtschaft und Handwerk, Möglichkeiten zur Umsetzung von ökologischen Projekten erarbeiten. Dabei ist wichtig, daß Ökologie nicht weiterhin als Gegensatz zur Ökonomie gesehen wird.

Als Ergebnis der Diskussion wurde der Wunsch deutlich, daß Kronshagen auf seinem eingeschlagenen Weg im Umweltbereich weiter geht und jetzt Leitlinien zur Selbstverpflichtung im Sinne der Agenda 21 erstellt. Dazu eignet sich ein Runder Tisch mit den jeweils betroffenen Personen und Gruppen. Auf Vorstellungen und Erfahrungen von Frauen und Jugendlichen darf dabei auf keinen Fall verzichtet werden.

Dieses Team Für Kronshagen



Wahlkreis 1 Siegfried Waschko Geschäftsstellenleiter Suchsdorfer Weg 31 Tel. 58 14 09



Ina Ketelhut Doktorandin Eckernförder Str. 239



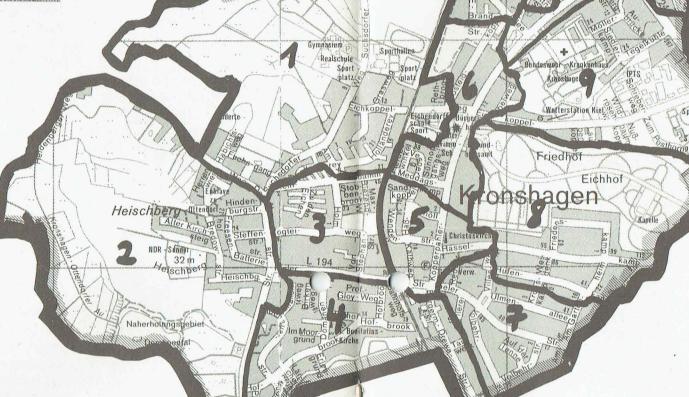
Wahlkreis 12 Martina Orschel Angstellte im Öffentlichen Dienst Berta-von-Suttner-Str. 1



Wahlkreis 10 **Ingrid Weskamp** Bankangestellte Aubrücke 6 Tel. 548662



Wahlkreis 2 Eicke Paysen Erzieherin Heischberg 6 Tel. 582218



Wahlkreis 9





Wahlkreis 3 **Ursula Bickert** Verwaltungsangest. Kieler Straße 94 Tel. 58 10 39



Wahlkreis 8 **Dieter Enders** Dipl. Finanzwirt (FH) Johann-Fleck-Str. 7 Tel. 542540



Wahlkreis 4 Bärbel Adler Dipl. Sozialpädagogin Hasselkamp 13 E Tel. 589714



Wahlkreis 5 Cord-Peter Lubinski Soz. Vers. Fachangest. Elsa-Brandström-Str. 12 Tel. 542758



Wahlkreis 6 **Dirk Albat** Jurastudent Hufenkamp 26



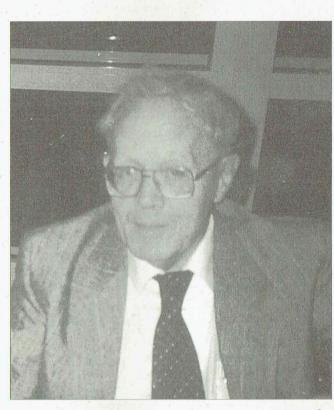
Wahlkreis 7 August Möller Rentner Seilerei 4 Tel. 588476

Joachim Meyer-Delius †

Am 9. November 1997 verstarb Dr. Joachim Meyer-Delius in Neuenkirchen in Dithmarschen. In der schönen alten Kirche, unter den Klängen eines Gospelchores, gedachten die Familie, Freunde, Freundinnen und viele Dorfbewohner eines ungewöhnlichen Menschen, der bis zuletzt, auch während seiner schweren Krankheitstage, mit leidenschaftlicher Anteilnahme die politischen Ereignisse verfolgte.

baus, vor dem er in vielen sachkundigen Briefen an zuständige Politiker und mit Anträgen auf Parteitagen mit großem Ernst warnte; der Bedrohung durch nukleare Raketen, die er durch den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 als geradezu gefördert ansah.

Joachim Meyer-Delius war ein engagierter Streiter, konnte aber seine Standpunkte immer sachlich begründen. In den beiden letzteren Fragen konnte er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, die offizielle Linie der



Als Honorarprofessor in Caracas/ Venezuela und später als Arbeitsmediziner im Schiffahrtsmedizinischen Institut der Bundeswehr in Kronshagen galt sein Wirken der Abwendung von Gefahren, die durch neue Arbeitsmittel auf Menschen einwirken.

Durch die eigene, im Krieg erlittene Verletzung bestärkt, war er ein entschiedener "Geistkämpfer" für ein friedliches Miteinander der Staaten dieser Welt.

Vor allem drei Themenkomplexen galt sein großes Interesse: dem Schutz vor gefährlichen Stoffen, dessen gesetzliche Verankerung immer wieder am Einfluß der allmächtigen chemischen Industrie scheiterte; den Gefahren der Atomenergie und ihres weiteren AusSPD in seiner Funktion zu vertreten. Er legte deshalb am Jahresende 1979 sein Amt als Ortsvereinsvorsitzender in Kronshagen nieder. Kurt Hamer, damals "sein" Landtagsabgeordneter, dem er seine Beweggründe erklärte, zollte ihm ausdrücklich seinen Respekt. Diesen Respekt bringt ihm bis heute auch unser SPD-Ortsverein entgegen.

Joachim und Annemarie Meyer-Delius waren in den folgenden Jahren bis zu ihrem Umzug nach Neuenkirchen engagiert im Ortsverein tätig.

In ihrer Sitzung am 13. Januar 1998 gedachte auch die Gemeindevertretung Kronshagen ihres früheren bürgerlichen Ausschußmitgliedes.

Marta und Theo Sakmirda

Müllgebühren endlich im Griff

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

es ist nun gelungen, die Abfallwirtschaft im Kreis nach erheblichen Problemen in den letzten Jahren wieder in ruhiges Fahrwasser zu lenken und die finanziellen Belastungen für Sie als Gebührenzahler zu verringern.

Die hohen Kosten bei der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises (AWR) konnten deutlich gesenkt werden.

Ergebnis ist, daß wir zum 01. Januar 1998 eine Senkung der Müllgebühren um 14% für die privaten Haushalte und um 19% für die Gewerbebetriebe durchgesetzt haben. Bei der künftigen Gestaltung der Gebühren bleibt für uns besonders wichtig, daß derjenige, der Müll vermeidet, finanziell belohnt wird.

Das zentrale Ziel unserer Abfallentsorgungspolitik im Kreis wird auch in der kommenden Wahlperiode die Vermeidung von Abfällen sein.

Nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Abfallvermeidung folgt die geordnete und überprüfbare Verwertung (Stichwort: mechanisch-biologische Vorbehandlung von Reststoffen).

Den Bau einer Müllverbrennungsanlage (MVA) im Kreis lehnen wir entschieden ab. Daher streben wir eine kreisübergreifende Zusammenarbeit in der Abfallwirtschaft an.

Zur Fortsetzung dieser konzeptionellen Politik, die den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung, auch im Spannungsfeld Abfallentsorgung – Umweltschutz aufgreift, bitte ich Sie am 22. März 1998 um Ihre Stimmen für einen Sitz im Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dirk Albat

Kreistagskandidat im Wahlkreis 10

"Unsinn blockieren"

das würden Sozialdemokraten auch weiterhin, sagte Oskar Lafontaine in einer der letzten Bundestagsdebatten zu den Steuerreformvorschlägen der Bundesregierung.

Bis zur Bundestagswahl wird das wohl nicht mehr erforderlich sein, denn in Ihrer Sorge um das Land haben sich Waigel und Co. sowie die Partei der "Besserverdienenden" entschlossen, weiterhin auf Steuereinnahmen von den Superreichen zu verzichten und nicht mehr mit Sozialdemokraten über das Schließen von Steuerschlupflöcher zu verhandeln.

So greifen sie unerschrocken den kleinen bis mittleren Unternehmern und Arbeitnehmern weiterhin tief in den Geldbeutel, während Sie sich brüsten mit der Senkung des Solidaritätszuschlags (SolZ), der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und Vermögensteuer einen bedeutenden Beitrag zur Steuerentlastung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen geleistet zu haben.

Nun entscheiden Sie selbst, welchen Konjunkturbeitrag Sie mit vielleicht mtl. ersparten 10 DM SolZ erbringen werden – bis zur Mehrwertsteuererhöhung am 1.4.98.

Die Gewerbekapitalsteuer zahlten nur Unternehmen, deren betriebliches Vermögen über etwa 120.000 DM betrug und kostete je 100.000 DM Mehrvermögen ca. 30 DM mtl. (unter Berücksichtigung der Einkommensteuerersparnis).

Die Vermögensteuer (VSt) belastete einen Haushalt (verheiratet, 2 Kinder) erst ab einem Vermögen von über 600.000 DM und kostet für je 100.000 DM Mehrvermögen mtl. etwa 60 DM. Unbestritten bestand eine Doppelbesteuerung des Vermögens von Kapitalgesellschaften, die leicht hätte anders (z.B. in dem solche Anteile von der privaten VSt befreit werden) vermieden werden können. Die Einwände des Bundesverfassungsgerichts gegen die Vermögensteuer betrafen ausschließlich die ungleiche Besteuerung des Grund- zum übrigen Vermögen.

Danach haben also all die wirklich Wohlhabenden für je 100.000 DM Vermögen zusätzlich im Monat etwa 100 DM mehr in der Tasche. Für X-fach Millionäre sind das natürlich schnell ein paar Tausend, die nun auch noch "steuerfrei" in Luxemburg oder gar auf den Cayman-Islands angelegt werden können.

Die Herren Hundt und Henkel werden weiter über die angeblich zu hohe Besteuerung in Deutschland klagen. Aber auch durch ständiges Wiederholen werden aus Unwahrheiten keine Wahrheiten. Wahr ist, die Unternehmenssteuern waren nie so niedrig wie heute und sind aufgrund vieler Bewertungs- und Ausnahmeregeln international wettbewerbsfähig, wie der Exportboom und explodierende Gewinne der Großunternehmen beweisen.

Wir Sozialdemokraten sind für eine Steuerreform, die sozial gerecht, ausgewogen, mit Vernunft auch ökologisch orientiert ist, die Inlandsnachfrage anregt und damit neue Arbeitsplätze schafft.

Demnächst können Sie hier erfahren, wie die Verlagerung von Betrieben und Arbeitsplätzen ins Ausland durch die Steuergesetze der Bundesregierung geradezu gefördert wird, daß die Einkommensteuerentlastung für gewerbliche Selbständige nur Spitzenverdiener erhalten, daß "Besserverdienende" mehr "Kinder-geld" als sie bekommen oder seit bestehen der BRD ca. 500.000.000.000.000 DM steuerfrei bei der Veräußerung von Grundstücken (Zahl stat. Bundesamt) kassiert wurden und manches mehr.

Das interessiert sie nicht, weil sie kein Millionär sind? Bitte, nur fragen Sie sich, für wen die sog. "Volks"-parteien CDU/CSU und FDP das denn so machen?

(wird fortgesetzt)

Dieter Enders
Dipl.-Finanzwirt (FH)



SPD-Kommunalwahlprogramm 1998-2003

Soziale Politik = soziale Gerechtigkeit

Sozialpolitik ist für uns in Kronshagen der vorrangige Auftrag, um eine vorbildliche Gemeinde zu erhalten. Sozialpolitik ist damit das verbindende Element aller Politikfelder!

Die der Gemeinde Kronshagen zugewiesenen Pflichtaufgaben und steigende Sozialhilfekosten binden finanzielle Mittel, die zur Wahrnehmung sogenannter freiwilliger, aber in der Realität unverzichtbarer Leistungen und Aufgaben dringend nötig wären. Die Leidtragenden sind insbesondere unsere Kinder, Behinderte, alte Menschen, Arbeitslose, Alleinerziehende. Die zunehmenden wirtschaftlichen und finanziellen Probleme stellen uns

 Wir werden bei der Festsetzung von kommunalen Gebühren auf soziale Gerechtigkeit achten.

auch in Kronshagen vor neue Aufga-

ben. Deshalb sind Kreativität, soziales

Engagement und verstärkte Hilfe zur

Selbsthilfe in "mageren" Jahren mehr

denn je gefragt.

- Wir werden die Kronshagener Sozialstation als umfassendes soziales Dienstleistungszentrum weiterhin fördern und aktiv unterstützen.
- Wir werden Beratungsstellen, Vereine und Verbände auch in schwierigen Zeiten fördern, denn damit sparen wir alle wesentlich höhere "Reparaturkosten" in der Zukunft.
- Die soziale und kulturelle Integration von AussiedlerInnen und AsylbewerberInnen ist in Kronshagen von allen Parteien gemeinsam getragen und vorbildlich gefördert worden. Dieses Handeln wollen wir fortführen.
- Wir wollen die Arbeit des Seniorenbeirats weiterhin f\u00f6rdern. Das Wissen und die Erfahrung der \u00e4lteren Menschen sind ein wichtiges Gut, das wir f\u00fcr unsere \u00f6rtliche Gemeinschaft intensiv nutzen m\u00f6chten.
- Wir wollen die öffentliche Förderung von Sport, Kultur und Freizeit bewußt fortsetzen, um sozialer Vereinsamung gezielt entgegenzutre-

ten. Der soziale Effekt von gemeinsamen z.B. kulturellen und sportlichen Aktivitäten wird von uns hoch eingeschätzt.

Sozialpolitik umfaßt auch eine Politik, die Familien, alternative Lebensformen und Alleinerziehende nach ihren Wünschen und Bedürfnissen gleichermaßen fördert. Die Betreuungszeiten der Kindergärten und Grundschulen müssen sich noch näher am Bedarf der Erziehenden und ihrer Kinder orientieren. Mit dem Frauennachttaxi wurde ein Projekt geschaffen, das es nicht nur zu erhalten gilt, sondern wenn der ÖPNV nicht verbessert wird – auch auf andere Gruppen ausgedehnt werden muß.

Kinder und Jugendliche fördern und beteiligen

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft, die die Phantasie und das Engagement junger Menschen braucht.

Für und mit den Kindern und Jugendlichen wollen wir an der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und Zukunftschancen arbeiten. Das ist das beste Mittel gegen Resignation und Zukunftsangst.

- Die in der Gemeindeordnung geforderte Beteiligung von Jugendlichen an öffentlichen Entscheidungen ist für uns selbstverständlich und sollte nicht an formale Institutionen, wie einen Jugendbeirat geknüpft werden, sondern projektbezogen möglich sein.
- Kinder brauchen Spielplätze, auch in neuen Wohngebieten. Der Spielund Bolzplatz an der Fußsteigkoppel muß z. B. als Abenteuerspielplatz mit zeitgemäßen Spiel- und Betreuungsangeboten verbessert werden. Wir treten dafür ein, Kindern und Jugendlichen einen spielerischen Zugang zu den neuen Technologien zu ermöglichen. Das Haus der Jugend ist für uns ein wichtiger Bestandteil in der öffentlichen Jugendarbeit. Daher regen wir dort die Einrichtung eines Internetcafes an.

- Wir wollen feste Grundschulzeiten; die Betreute Grundschule in Kronshagen bildet einen richtigen und wichtigen Schritt zu diesem Ziel.
- Wir wollen bedarfsgerechte nachschulische Betreuungsmöglichkeiten, wie die Schularbeitenhilfe und Nachmittagsangebote, unterstützen. Wir werden weiterhin für die sehr gute Ausstattung aller Kronshagener Schulen eintreten.
- Wir fördern den *Sport* in Kronshagen. Deshalb wollen wir ergänzend zum Vereinssport die Sporthallen nach den üblichen Vereinszeiten für die Allgemeinheit öffnen. Dieses soll unter dem Stichwort "Nightball" oder "Streetball" eine Ergänzung zum bisherigen Angebot werden.

Lebensgrundlagen in Kronshagen erhalten – Umwelt schützen

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen setzt für uns den Maßstab für die Politik der Zukunft. Unser tägliches Handeln greift auf vielfältige Weise in den Naturhaushalt ein.

Entstandene Schäden der Vergangenheit müssen mit großer Beharrlichkeit behoben und künftige Eingriffe vermieden oder zumindest minimiert werden. Alle Planungen müssen den Klima- und Naturschutz berücksichtigen. Mit der Förderung und dem Erhalt kleiner Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe in Kronshagen wird auch ein Beitrag zum Schutz unserer Umwelt geleistet, da unnötiger Verkehr vermieden und so die Lebensqualität besonders älterer Menschen erhalten beziehungsweise verbessert wird.

- Wir wollen den Klima- und Naturschutz als eine ernstzunehmende Aufgabe zu einem Schwerpunkt unserer Umweltpolitik machen.
- Wir wollen die Begrünung in Kronshagen in vielfältiger Form ausweiten.

Kompetent handeln für Kronshagen

- Um unsere Umwelt für die nachfolgenden Generationen unbedingt zu erhalten, fordern wir unter anderem den Erhalt des Friedhofs Eichhof als Naturdenkmal.
- Wir wollen einen sparsamen und umweltgerechten Energieeinsatz, der einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Der Einsatz regenerativer Energien und Solarenergie und der Ausbau des vorhandenen Wärmenetzes sind Elemente einer zukunftsorientierten kommunalen Energiepolitik. Dabei müssen wir auch alle öffentlichen Gebäude und die bestehenden Versorgungseinrichtungen auf ihre Energieeffizienz hin überprüfen.
- Wir f\u00f6rdern den Ausbau kundenorientierter Dienstleistungen im Nahw\u00e4rmebereich
- Langfristig können Kosten durch alternative Modelle für eine naturnahe Regenwasserbewirtschaftung gespart werden.
- Die Umrüstung gemeindeeigener Fahrzeuge auf Gasbetrieb leistet einen weiteren positiven Beitrag. Die gute Information und Beratung der Kronshagener Bürgerinnen und Bürger durch die Versorgungsbetriebe zur Energieeinsparung ist auszudehnen.

PKW nicht verteufeln – Umdenken ermöglichen

Wir treten für eine Verkehrspolitik ein, die sowohl umweltpolitische als auch wirtschaftliche und soziale Aspekte miteinander verbindet. Nach einer Phase, in der das Auto das Denken aller Verkehrspolitiker geprägt hat, haben wir uns in den letzten Jahren bemüht, auch den schwächeren Verkehrsteilnehmern Gehör zu verschaffen. Hier gilt es, auch in den kommenden Jahren weitere Verbesserungen zu erreichen.

 Wir wollen den PKW nicht verteufeln, denn er ist und bleibt für die Mobilität vieler Menschen noch unersetzbar. Energieverbrauch und Umweltbelastungen sind jedoch spürbar zu reduzieren. Wir wollen unsere Bemühungen fortsetzen, Autofahrer durch attraktive Angebote bzw. Anreize zum Umsteigen auf den ÖPNV oder das Fahrrad zu bewegen.

- Wir treten für eine Anbindung der Gemeinde Kronshagen an eine künftige Stadtbahn ein.
- Um das Radfahren in Kronshagen sicherer und angenehmer zu machen, fordern wir eine ausreichende Breite der Fahrradwege, insbesondere der in beide Richtungen zu befahrenden Radwege. Bauliche Maßnahmen zur Entschärfung von Gefahrenpunkten an Kreuzungen, Kurven und Einmündungen (u. a. Kopperpahler Allee) sind daher unverzichtbar.
- Die Ladenzeilen im Ortskern müssen für Fußgänger und Radfahrer besser erreichbar gemacht werden. Dies gilt insbesondere für die Querung Kieler Straße am Kathweg.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Wir von der SPD-Kronshagen schauen heute auf eine beachtliche Erfolgsbilanz unserer kommunalen Arbeit. Unser Wahlprogramm von 1994 haben wir im Wesentlichen umgesetzt. Die Erfolge unseres Handelns in der Gemeindevertretung sehen Sie daran, daß wir alle Kernelemente einer sozialen Daseinsvorsorge in Kronshagen vorbildlich verwirklichen konnten

Angefangen bei Kindergartenplätzen und Spiel- und Sportanlagen, über die Betreute Grundschule, die überdurchschnittlich gute Ausstattung aller unserer Schulen bis hin zum Sport- und Freizeitangebot durch die sehr gute Förderung der Kronshagener Sportvereine und des Hauses der Jugend finden unsere Kinder und Jugendliche viele wünschenswerte öffentliche Einrichtungen vor.

Wir können in Kronshagen unter anderem eine hervorragende Bücherei, eine lebendige und anspruchsvolle

Volkshochschule und ein attraktives Bürgerhaus nutzen, in dem Raum für ein breites kulturelles Angebot vor Ort gegeben ist. Damit finden Sie viele interessante Freizeitangebote direkt vor Ihrer Haustür.

Der Kreis schließt sich mit den zahlreichen Angeboten für unsere Seniorinnen und Senioren. Beispielhaft sei hier die gerade fertiggestellte Wohnanlage des *Betreuten Wohnens* im Ortskern genannt.

Flankiert haben wir die Einrichtungen unserer sozialen Infrastruktur mit dem Bemühen, Kronshagen mit seinen Straßen, Grünflächen und Gärten bürgerfreundlich und wohnlich zu gestalten. Kronshagen soll die *Gartenstadt* vor den Toren Kiels bleiben

Sozialdemokratisches Handeln für Kronshagen wird sich auch in den kommenden Jahren daran orientieren, von Ihnen gewünschten Projekte und Vorhaben mit den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Kronshagen in Einklang zu bringen. Mit einer soliden und vorausschauenden Finanzpolitik können wir Kronshagen auch in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte weiterhin positiv gestalten, erhalten und pflegen. Dabei hoffen wir auch weiterhin auf eine rege Beteiligung aus der Bürgerschaft.

Wir bitten um Ihr Vertrauen für eine zukunftsgerichtete, soziale und umweltgerechte Kommunalpolitik mit Augenmaß..

Ärgern Sie sich nicht länger schwarz!! Wählen Sie rot:

Deshalb am 22. März 1998 S P D wählen!

SPD - Kronshagen

